



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 12 / 13.02.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

12. Februar 2016

Dan-news.info: Genau vor einem Jahr wurde in Minsk der Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen unterzeichnet. Die Ausarbeitung der Regelungen dieses Dokuments wurde auf dem Hintergrund der im benachbarten Raum des stattfindenden Verhandlungen der Staatsoberhäupter Russlands, Frankreichs, Deutschlands und der Ukraine – der normannischen Vier – statt. In das Ergebnisdokument, das auch als „Minsk-2“ bekannt ist, flossen die Forderungen nach Feueereinstellung und Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie ein sowie auch ein besonderer Status des Donbass und die Durchführung von Kommunalwahlen. Und wenn die großkalibrige Artillerie unter der Aufsicht der OSZE abgezogen wurde, so gehen die Beschüsse, auch mit Granatwerfern und Panzern, bis jetzt weiter und die Erfüllung der politischen Reformen wird von Kiew de facto sabotiert. Seine Auffassung über die Situation bezüglich der Realisierung der Minsker Vereinbarungen erläuterte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko gegenüber DAN.

Alexandr Wladimirowitsch, könnten Sie ein Jahr nach der Unterzeichnung des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen eine Einschätzung ihrer Realisierung geben, welche Teile der Vereinbarungen wurden faktisch erfüllt?

Vollständig wurde kein einziger Punkt der Minsker Vereinbarungen erfüllt. Im Grunde ist das einzige Ergebnis, das in diesem Jahr gelungen ist zu erreichen, die Einstellung der offenen Kämpfe. Im Übrigen gingen die Provokationen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte und der Strafbataillone während dieser ganzen Zeit weiter. So dass von einer völligen Einstellung der Kämpfe bisher nicht gesprochen werden kann. Bezüglich aller anderen Punkte kann eine Imitation der Erfüllung der Vereinbarungen von Seiten der Ukraine beobachtet werden. Dabei erweckt der Westen den Anschein, dass er diese Imitation als reale Lösungen und Sachverhalte auffasst. Der politische Teil der Vereinbarungen wurde von Kiew überhaupt nicht erfüllt. Im Text der Minsker Vereinbarungen ist fest vorgeschrieben, welche Gesetze die Oberste Rada der Ukraine annehmen muss, und im Dokument ist auch fest vorgeschrieben, dass alle diese Gesetze mit uns - der DVR und der LVR – abgestimmt werden müssen. Es gab keinerlei Versuch, etwas mit uns abzustimmen. Deshalb kann von einer erfolgreichen Realisierung von „Minsk-2“ bisher nicht die Rede sein. Übrigens haben wir nicht aufgehört zu versuchen, einen Dialog mit Kiew zu organisieren, so dass die Arbeit nicht endet.

Haben sich die Erwartungen bestätigt, die es bei der Unterzeichnung der Dokumente gab, oder war die Position der Ukraine, die auf eine Verzögerung der Situation gerichtet sind, vorhersehbar? Was ist Ihrer Meinung nach das wichtigste, was in der Arbeit der Kontaktgruppe erreicht wurde?

Das ist Politik. Hier darf nicht besonders mit Vertrauen gerechnet werden. Umso mehr, als es nicht

sinnvoll ist, einem Feind zu vertrauen, der gekommen ist, um Dich zu töten. Natürlich haben wir alle möglichen Varianten der Entwicklung der Situation ausgearbeitet, auch die Verzögerung des Verhandlungsprozesses durch die Ukraine. Es gibt Erfolge in der Arbeit der Kontaktgruppe. Überhaupt sind die Minsker Vereinbarungen unser großer diplomatischer Sieg. Wir haben schon mehrfach die Gelegenheit gehabt zu sagen, dass vom Gesichtspunkt des Ergebnisses „Minsk-2“ ein diplomatisches Debalzewo ist. Faktisch wurde Kiew in eine Sackgasse getrieben. Genauer gesagt sind sie gezwungen, man zwingt sie die Vereinbarungen zu erfüllen und das einzige, womit sie antworten können, ist, die Erfüllung auf eine Imitation zu beschränken und Zeit zu gewinnen. Dies ist ein weiterer Fehler Kiews. Sie denken aus irgendeinem Grund, dass die Zeit für sie arbeitet, aber das ist nicht so. Jetzt arbeitet die Zeit für uns. Ja, wegen der ständigen Drohungen einer Wiederaufnahme der großflächigen Kämpfe können wir nicht alle nötigen Ressourcen für den Wiederaufbau der Wirtschaft und den Staatsaufbau einsetzen. Aber wir haben mit dem Wiederaufbau schon begonnen und das im Ganzen erfolgreich.

Wir erhöhen schrittweise den Lebensstandard unserer Bürger, wir kämpfen gegen die Korruption und die oligarchische Struktur der Wirtschaft, wir eröffnen neue Unternehmen, vervollkommen die Gesetzgebung. In der Ukraine zerfällt die Wirtschaft, die Lebensqualität der Bürger verschlechtert sich unausweichlich, die Einnahmen sinken und die Gebühren steigen, die Armee befindet sich am Rande eines Nervenzusammenbruchs. Mit jedem Tag wird die Ukraine schwächer und wir werden stärker. Im Ergebnis werden wir bei jeder Entwicklung, selbst der am wenigsten wünschenswerten – der Wiederaufnahme großflächiger Kämpfe von Seiten der Ukraine – die Sieger sein. Eine neue militärische Kampagne wird die Kiewer Junta nicht mehr überleben. Und ein Einfrieren der Situation im jetzigen Zustand wird auch zu einer ernstesten politischen Krise in der Ukraine führen, einem Zusammenbruch der Regierung und möglicherweise zu einem Zerfall des Landes.

Was erwarten Sie von einer Fortsetzung der Verhandlungen? Ist eine Regelung in der Konfiguration Kontaktgruppe plus „Normannische Vier“ bei Erfüllung der Schlüsselpunkte der Minsker Vereinbarungen möglich oder ist irgendein neues Verhandlungsformat nötig, die Heranziehung neuer Teilnehmer, Vermittler oder Garanten?

Europa hat jetzt viele eigene innere Probleme. Ich fürchte, dass ihnen nicht nach dem Konflikt im Donbass ist. Das einzige, was Europa jetzt braucht, ist, dass im Donbass keine großflächigen Kämpfe aufkommen. Deshalb ist für sie wichtig, dass der Anschein eines Verhandlungsprozesses aufrecht erhalten wird. Wie ergebnisreich diese Verhandlungen sein werden, ist anscheinend für die Europa nicht so wichtig.

Kiew und Poroschenko und ihre Komplizen tanzen heute vorwiegend nach der Pfeifer der USA. In Washington werden die Schlüsselentscheidungen bezüglich der ukrainischen Politik getroffen, einschließlich der Frage „Krieg oder Frieden“. Gerade die USA sind die hauptsächlichen Sponsoren des Putsches und gerade für sie ist die Fortsetzung des Konflikts im Donbass am nützlichsten. Das ist auch die Schaffung eines antirussischen Aufmarschgebietes direkt an den Grenzen der RF und die Möglichkeit, die europäische Wirtschaft zu beeinflussen und der Mechanismus des politischen Drucks auf Russland und vieles mehr. Deshalb: wie erfolgreich die Minsker Vereinbarungen sein werden, hängt vor allem davon ab, ob die RF die Möglichkeit findet, konkrete Vereinbarungen mit den Vertretern der USA zu treffen, und Europa kommt hinterher, weil sie selbst die Initiative verpasst haben. Sobald nun unser Konflikt mit Kiew für die USA ungünstig wird, wird er beendet werden. Wenn man berücksichtigt, dass ein sachbezogener und nicht allgemeinpolitischer Dialog zwischen den USA und Russland bereits begonnen hat, gibt es die Hoffnung, auf konkrete Vereinbarungen zu Schlüsselpunkten von „Minsk-2“ zu kommen. Wir sind zu Verhandlungen und Vereinbarungen bereit.

Dan-news.info: Die Vertreter der DVR werden die Frage über eine Beschleunigung des Gefangenenaustauschs mit der Ukraine auf dem Treffen der humanitären Untergruppe der Kontaktgruppe am 24. Februar in Minsk aufwerfen. Dies teilte heute der bevollmächtigte Vertreter der DVR bei den Verhandlungen Denis Puschilin mit.

Nach seinen Worten muss die DVR ihre Aktivitäten zum Austausch von Gefangenen verstärken, weil nicht mit einer schnellen Annahme eines Amnestiegesetzes in der Ukraine gerechnet werden kann. „Wir sehen, dass unsere Leute misshandelt werden, ihr Gesundheitszustand verschlechtert sich. Wir haben die Verantwortung, alles uns Mögliche zu tun, dass der Austausch stattfindet.“

Selbst nur in kleinem Umfang, aber den Prozess zu stoppen und zu bremsen ist nicht richtig“, fügte Puschilin hinzu.

Er teilte heute mit, dass das nächste Treffen der Untergruppen im Minsk am 24. Februar stattfindet, vor dem nächsten Treffen der Kontaktgruppe, das für den 17. Februar angesetzt ist, werden sich die Untergruppen nicht treffen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Eine Abstimmung des Gesetzes der Ukraine über Wahlen mit den westlichen Partnern in separaten Verhandlungen ohne Teilnahme der Republiken und der RF widerspricht dem Maßnahmenkomplex.

„Die Ukraine versucht in separate Verhandlungen zu gelangen. Jetzt ist ein vierseitiges Treffen angesetzt – Frankreich, Deutschland, OSZE und Ukraine, wo ein Versuch stattfinden soll, irgendeinen Text für ein Wahlgesetz abzustimmen“, erklärte er.

„Die Rede ist davon, dass die Ukraine versucht, die von der „normannischen Vier“ gestellte Aufgabe zu erfüllen und in kürzester Frist festzulegen, wie die Wahlen durchgeführt werden, aber dennoch verlässt sie eine der grundlegenden Normen des Maßnahmenkomplexes – dies ist die Abstimmung des Gesetzesentwurfs über Wahlen mit den Vertretern der Republiken. Die Republiken und Russland fallen aus diesem Dialog heraus. Leider kann dies kein Ergebnis bringen, weil der Text mit uns nicht abgestimmt ist“, unterstrich Dejnego.

„Die Ukraine vertritt systematisch eine Änderung des Verhandlungsformats. Mehrfach waren Erklärungen zu hören, dass es nötig ist das Format auszuweiten, nötig zusätzliche Teilnehmer heranzuziehen, die die Ukraine sehen möchte. Natürlich bringen zusätzliche Teilnehmer nichts Konstruktives in die Arbeit der Kontaktgruppe, weil dort die Entscheidungen im Konsens angenommen werden – alle Seiten müssen zustimmen. Deshalb ist eine zusätzliche Gruppe abstimmender Hände, die nach ihrer Pfeife tanzt, kategorisch nicht nötig. Wenn sich die Ukraine die Aufgabe stellt, alle Entscheidungen zu sabotieren, so braucht sie dabei keine Helfer“, sagte Dejnego.

„Vom Gesichtspunkt der Vereinbarungen, die im September 2014 erreicht werden konnten, ist eine Änderung des Formats kategorisch unannehmbar. Ein zweites Moment der Änderung des Formats ist das Abgehen von den unterzeichneten Dokumenten, die der Ukraine nicht recht sind, die sie nicht erfüllen will. Eine Änderung des Formats könnte diese Dokumente in Zweifel ziehen, weil in einem neuen Format es nötig sein wird, irgendwelche neuen Basisdokumente zur Organisation der Zusammenarbeit zu „gebären“, unterstrich der Bevollmächtigte der LVR.

„Seit dem Moment der Unterzeichnung des Maßnahmenkomplexes hat bei uns eine recht ernsthafte Periode der Bremsung in den Fragen des Austauschs von festgehaltenen Personen begonnen. Wir haben in diesem ganzen Jahr weniger ausgetauscht als in der Zeit vor der Unterzeichnung des Maßnahmenkomplexes“, sagte Dejnego.

„Die Situation ist die, dass der Prozess zu einem recht hohen Grad formalisiert ist und mehr noch versucht wird, ihn von Seiten der Spezialdienste der Ukraine unter Kontrolle zu bekommen, bis dahin, dass Medwedtschuk in der letzten Zeit des Verrats beschuldigt wird, nur weil er versucht, die Fragen der Organisation des nächsten Austauschs zu lösen, versucht konkrete Personen abzustimmen, die ausgetauscht werden sollen“, erklärte der Bevollmächtigte der Republik.

„Was sollen wir weiter tun? Die Ukraine zeigt ihren kategorischen Unwillen, an der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen teilzunehmen. Die humanitäre Situation verschärft sich bis dahin, dass Tuka erklärt, dass auf diesen Territorien die Führung gesäubert werden muss und dann die Republiken sich angeblich von allein auflösen“, sagte Dejnego.

„Der einzige Ausweg für uns ist eine Verstärkung der Integration mit Russland als Aktivität gegen eine militärische Expansion der Ukraine“, meint er.

Die OSZE-Mission plant nicht ein Ergebnisdokument zum Abzug von Waffen eines Kalibers unter 100mm von der Kontaktlinie vorzustellen.

„Alles, was es in diesem Kontext gab, ist ein Zwischenbericht dieses Prozesses. Ein abschließendes Dokument von der OSZE haben wir nicht bekommen und zum großen Bedauern ist auch kein solches Dokument zu erwarten“, stellte Dejnego fest.

„Die OSZE begründet das so, dass die Verifikation des Abzugs ein ununterbrochener Prozess ist,

dass alle diese Mittel, die aus der Sicherheitszone abgezogen sind, sich in ständiger Bewegung befinden und sie die Lagerungsorte dieser Mittel inspizieren“, fügte Dejnego hinzu.

Indem Kiew die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen imitiert, hat es mobile Bankpunkte in den von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Ortschaften organisiert, wo es auch stationäre Bankautomaten gibt und für die Einwohner der LVR sind sie nutzlos.

„Diese mobilen Bankautomaten – das ist die nächste Imitation dieses Prozesses. Sie haben sich gegenüber Europa gerechtfertigt, die Mittel, die für die Ausrüstung der Panzerfahrzeuge vorgesehen waren, sind erfolgreich in irgendwelchen Taschen gelandet. Bitte – zwei Fahrzeuge fahren herum, aber wo sie fahren und wofür – das versteht kaum einer“, sagte er.

„Die ukrainische Seite gibt ständig Informationen, dass wir zwei Fahrzeuge haben, gepanzerte KAMAS, die die Funktion von beweglichen Bankpunkten erfüllen“, erinnerte er.

„Und welche Dienste? Es erweist sich, dass es nicht mehr sind als Bankautomaten. Das heißt, so ein Bankomat auf Rädern“, erklärte Dejnego.

Er sagte, dass diese Bankomaten tatsächlich nur Geld ziehen und einzahlen kann, „andere Aktivitäten sind in diesen Zentren nicht möglich“.

„Zuerst wurde gesagt, dass wir einen Fahrplan für sie bekommen würden, aber die ukrainische Seite hat uns kein einziges Mal gesagt, wo diese Bankomaten sind und wohin sie sich bewegen. Auf die Frage „warum?“ sagten sie, dass das nicht sicher ist... Das heißt, es ist voll und ganz absurd“, stellte er fest.

„Wir werden den Menschen sagen, wo diese Bankomaten sind, weil sie dann dorthin kommen“, erklärte der bevollmächtigte Vertreter der LVR die Position der Kiewer Seite.

Zur Frage der Wasserversorgung:

Die Lösung des Problems der Wasserversorgung und der Zahlung für das verbrauchte Wasser wird durch die nicht folgerichtige Position der ukrainischen Seite behindert.

„Diese Situation ist derzeit recht schwierig, die Frage der gegenseitigen Abrechnung wird ständig erörtert. Es gibt bestimmte festgelegte Schritte zu ihrer abschließenden Lösung. Die Frage besteht darin, inwieweit diese Lösung abschließend sein wird“, unterstrich Dejnego.

Er erinnerte daran, dass das Anfang der 2000er Jahre geschaffene kommunale Oblast-Unternehmen „Luganskwoda“, einen wesentlichen Teil des Lugansker Oblast mit Wasser versorgte, derzeit in zwei Teile aufgeteilt ist – das staatliche einheitliche Unternehmen der LVR „Luganskwoda“, das die Republik versorgt, und das Unternehmen, das auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium arbeitet.

„Dort wurde ein besonderes Unternehmen „Popasnajawodokanal“ geschaffen, das die Koordination der Versorgung und technischen Absicherung der Netze übernommen hat, die sich auf dem nicht von uns kontrollierten Territorium des Lugansker Oblast befinden. Und es befindet sich in wirtschaftlichen Beziehungen mit den Lieferanten von Strom, anderen Subjekten, gibt Gelder für Arbeitsentgelte aus, das heißt, es hat bestimmte Ausgaben für die Lieferung von Wasser hierhin“, sagte der bevollmächtigte Vertreter der Republik.

Er erklärte, dass die ukrainische Seite dieses Wasser der LVR durch Leitungen übergibt, die die Kontaktlinie überschreiten.

„Eine der am meisten belasteten ist die Wasserleitung, die von der westlichen Filterstation ausgeht, und natürlich war diese Gegenstand der Überlegungen der Gruppe zu humanitären Fragen der Kontaktgruppe als vorrangiges Objekt“, teilte Dejnego mit.

Nach seinen Worten kamen internationale Experten zu dieser Station, sahen sich an, welche technischen Maßnahmen durchgeführt werden müssen, damit eine stabile Funktion dieser Wasserleitung und die Lieferung von Wasser auf Territorium der LVR im notwendigen Umfang erfolgen kann.

„Es stand die Frage der gegenseitigen Abrechnungen – bei dem Unternehmen „Popasnajawodokanal“ hatten sich Schulden entwickelt, insbesondere bei den Stromzahlungen“, sagte Dejnego.

Er unterstrich, dass die Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Einheitsunternehmen „Luganskwoda“ und „Popasnajawodokanal“ theoretisch möglich ist, aber praktisch durch die normativen Akte verboten ist, die von Kiew im Rahmen der Realisierung der Normen der sogenannten „antiterroristischen Operation“ angenommen hat.

„Dort gibt es Dokumente, die direkt die Beziehungen zwischen Wirtschaftssubjekten, die auf unserem Territorium tätig sind und auf unserem Territorium registriert sind, verbieten.

Entsprechend, wenn „Popasnajawodokanal“ zu gesetzeswidrigen Beziehungen zu unserem

Unternehmen übergeht, so wird seine Führung wegen Landesverrat zur Verantwortung gezogen“, erklärte der bevollmächtigte Vertreter der LVR.

„Und hier ist die Unstimmigkeit, das heißt, auf der einen Seite ist da eine Logik, dass wir das Wasser, das man uns gibt, tatsächlich bezahlen müssen, und auf der anderen Seite die prinzipielle Unmöglichkeit der Organisation von gegenseitigen Beziehungen mit diesem Subjekt, das bringt sowohl unsere Seite als auch die ukrainische Seite, die sich mit unserer Wasserversorgung befasst, in eine Sackgasse“, unterstrich er.

Dejnago sagte, dass an der Lösung dieses Problems zwei Untergruppen der Kontaktgruppe in Minsk arbeiten, die humanitäre und die zur Fragen der Ökonomie und des Wiederaufbaus.

Dan-news.info: Genau vor einem Jahr, am 12. Februar 2015, wurde in der weißrussischen Hauptstadt nach vielstündigen Verhandlungen der Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen, auch als „Minsk-2“ bekannt, unterzeichnet. Als Grundlage enthält das Dokument ein rationales Herangehen an die Regelung der Krise im Donbass und an die Garantie der Sicherheit für seine Einwohner. Aber auch nach einem Jahr explodieren, trotz regelmäßiger Treffen der Kontaktgruppe, in den Städten der Republiken des Donbass Geschosse der ukrainischen Truppen. Über die Ursachen der entstandenen Situation, den Verhandlungsprozess und das Herangehen an die Realisierung der Minsker Vereinbarungen berichtete der Sprecher des Volkssowjets und der Leiter der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin. *Denis Wladimirowitsch, wie bewerten Sie die Erfüllung des Maßnahmekomplexes im Ganzen bezüglich aller Punkte der Minsker Vereinbarungen ein Jahr nach ihrer Unterzeichnung, sowohl von Seiten der Ukraine wie auch der Republiken?*

Wenn man berücksichtigt, dass von 13 Punkten des Maßnahmekomplexes nur ein Punkt vollständig erfüllt wurde – die Schaffung von Unterarbeitsgruppen, hat es keinen Sinn, jeden Punkt einzeln zu betrachten. Als Pluspunkte dieses Dokuments wie auch des Verhandlungsprozesses im Ganzen können die Einschränkung der Zahl der Beschüsse und Opfer unter der friedlichen Bevölkerung gesehen werden. Aber das sind schon die einzigen Pluspunkte. Die Ukraine will und versucht auch nicht, die Minsker Vereinbarungen zu erfüllen. Und wie das letzte Jahr zeigt, haben weder Europa noch der Westen die Kraft, auf Entscheidungen und Handlungen Einfluss zu nehmen .

Was die Republiken selbst betrifft, so ist es in der Zeit der Existenz von „Minsk-2“ gelungen, eine riesige Arbeit durchzuführen. Heute ist die DVR ein Staat mit einer eigenen normativen Basis, einem sich entwickelnden Produktionskomplex und Unternehmenssektor. Wir arbeiten daran, gute Bedingungen für unsere Bürger zu schaffen. Bei uns gilt schon mehr als ein Jahr ein Moratorium auf die Erhöhung der Tarife für die Wohnungs- und Kommunaldienste, ihr Niveau ist um ein Mehrfaches geringer als das ukrainische. Die Preise für eine Reihe sozial wichtiger Waren sind in der DVR niedriger als in der Ukraine und sogar niedriger als in der RF, darunter der Preis für Benzin, der heute günstiger als der ukrainische ist.

Welche Vereinbarungen und Bewegungen konnten in den Hauptfragen erreicht werden – Durchführung von Kommunalwahlen, Regelungen für die Grenzen, Verfassungsreformen? Was sind trotz allem die hauptsächlichsten Probleme und Tücken in diesen Fragen?

Das grundlegende Problem ist der Unwillen der Ukraine, die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, die Sabotage und Kompromisslosigkeit unserer Opponenten.

Beispielsweise sind die Wahlen an sich für die DVR nicht wichtig. Wir haben eine Vertikale der Staatsmacht, bei uns funktionieren alle Staatsorgane, wir haben uns als Staat gegründet. Die Durchführung der Wahlen ist im Maßnahmekomplex vorgeschrieben und wir sind bereit, mit der ukrainischen Seite ein Gesetz zu erörtern, nach dem sie durchgeführt werden. Die grundlegenden problematischen Momente in dieser Frage waren die Teilnahme ukrainischer Parteien am Wahlprozess und von ukrainischen Massenmedien in der Öffentlichkeitsarbeit. Bewegung bei der Lösung dieser Frage gibt es bisher nicht.

Was die Verfassungsreformen betrifft, so wissen Sie selbst, wie oft wir den Opponenten unsere Variante für Änderungen vorgestellt haben. Aber die Ukraine behandelt wie zuvor in der Obersten Rada nur die Variante, die sie sich selbst ausgedacht hat, wobei sie weder die Meinung der Venezianischen Kommission noch die der Republiken zur Kenntnis genommen hat.

Und der Punkt mit den Grenzen ist der liebste für ukrainische Politiker. Jedes Mal, wenn die Rede

auf die Nichterfüllung der Punkte der Minsker Vereinbarungen durch Kiew kommt, erinnern ukrainische Politiker an die Grenze, die angeblich nicht übergeben wurde. Nur die Grenze, das ist der 9. Punkt des Maßnahmekomplexes und davor muss die Ukraine noch 8 erfüllen.

Was ist nach Ihrer Sicht das Haupthindernis im allgemeinen Prozess der Minsker Verhandlungen?
Das grundlegende, man kann sogar sagen, das einzige Hindernis ist der Unwillen der ukrainischen Seite einen Kompromiss zu erreichen, den militärischen Konflikt auf diplomatischem Weg zu lösen. Die Handlungen und Erklärungen der ukrainischen Seite sind zu einem großen Teil spontan. Einen Dialog zu führen, zu versuchen doch ein Verständnis und konkrete Dinge zu erreichen, ist mit solch einem uneindeutigen Gesprächspartner insgesamt schwierig.

Wie hat sich die Ukraine in dem Jahr des Minsker Formats gezeigt? Wodurch sind nach Ihrer Meinung ihre Positionen bedingt und woran macht sie sich fest?

Die Ukraine hat mit einer Imitation der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen begonnen und ist jetzt zu offenen Lügen über die realisierten Punkte des Maßnahmekomplexes übergegangen. Das durch die angenommenen Änderungen blockierte Gesetz über einen besonderen Status, nicht abgestimmte Änderungen an der Verfassung der Ukraine, ein Nichteinhalten des „Regimes der Ruhe“, die Blockade, das Fehlen eines Einvernehmens bei Fragen der Amnestie und der Durchführung von Wahlen – dies kann kaum eine Erfüllung der Minsker Vereinbarungen genannt werden.

Wie ich schon sagte, wir sehen einen Versucht irgendwelche Aktivitäten zu entfalten, aber sie dienen nur einer Rechtfertigung der eigenen Tatenlosigkeit. Alles, was mit dem Treffen irgendwelcher Entscheidungen in der Frage der Regelung des Konflikts verbunden ist, ist für die Ukraine eine unlösbare Aufgabe.

Welche Hoffnungen hat die Republik und welche Aufgaben bestehen für den weiteren Verhandlungsprozess?

Wenn man die Beziehung der ukrainischen Seite zur Realisierung der Minsker Verhandlungen und direkt die Dynamik der Verhandlungen selbst berücksichtigt, wird sich der Prozess der Regelung des Konflikts klar eine lange Zeit hinziehen. Zu meinem Bedauern kann man heute keine schnellen Lösungen erwarten.

13. Februar 2016

Lug-info.com: Kiew sabotiert die Arbeit des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination von Fragen des Regimes der Feueinstellung und der Stabilisierung der Situation offen. Dies teilte heute der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego mit.

So kommentierte er die Worte des Außenministers Russlands Sergej Lawrows, der heute zu den Ergebnissen des Treffen der Vertreter der Außenminister der „normannischen Vier“ erklärte, dass es notwendig sei, dass Vertreter der LVR und der DVR aktiv an der Arbeit des Gemeinsamen Zentrums teilnehmen.

„Diese Frage wird seit fast einem Jahr erörtert. Diese Frage haben wir schon im April aufgeworfen, dass die ukrainische Seite Schritte unternimmt, um unsere Vertreter aus der Arbeit des Gemeinsamen Zentrums auszuschließen“, berichtete Dejnego.

„Von Seiten der Ukraine läuft eine offene Sabotage der Arbeit des Gemeinsamen Zentrums“, unterstrich er.

„Mehr noch, praktisch seit Mai fehlen dort unsere Vertreter und seit April hat man uns die Rotation blockiert. Jetzt werden von der Ukraine absolut unannehmbare Bedingungen für die Zusammenarbeit mit den Vertretern der RF im Rahmen des Gemeinsamen Zentrums gestellt“, sagte der Bevollmächtigte der Republik.

Nach den Worten Dejnegos „ist die Situation im Gemeinsamen Zentrum in eine Sackgasse geraten“, wobei Kiew klar danach strebt, diese Frage nicht zu lösen und Antworten auf konkrete Fragen der Vertreter der Republiken ausweicht.

„Es argumentiert in keiner Weise. „Wir sind bereit Sie durchzulassen. Reichen Sie einen Antrag ein, um auf allgemeiner Grundlage den Passierpunkt zu passieren – kommen Sie in Soledar an,

und dort werden wir sehen““, führte Dejnego eine typische Antwort der ukrainischen Seite an. „Wir schicken ihnen eine Anfrage auf Sicherheitsgarantie, fordern von ihnen ein Schreiben, stattdessen schreiben sie: „wenden Sie sich an den Stab der „ATO“, um einen Passierschein auf allgemeiner Grundlage zu erhalten und fahren Sie nach Soledar“, teilte Dejnego mit. „Derzeit verwendet die Ukraine das Gemeinsame Zentrums als Ort, um ihre Hirngespinnste bezüglich Verletzungen des „Regimes der Ruhe“ zu veröffentlichen“, sagte er.

Lug-info.com: Die Anerkennung der LVR und der DVR als vollberechtigte Teilnehmer von „Minks-2“ durch die Ukraine interessiert die Republiken wenig. Dies erklärte heute der Bevollmächtigte der LVR bei den Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

So kommentierte er die Worte des Außenministers Russlands Sergej Lawrows, der heute zu den Ergebnissen des Treffens der Vertreter der Außenministerien der „normannischen Vier“ erklärte, dass die RF die Aufmerksamkeit Deutschlands, Frankreichs und der USA darauf gelenkt hat, dass „Kiew die Vertreter von Lugansk und Donezk nicht als Verhandlungsseiten betrachtet“.

„Mich interessiert die Anerkennung oder Nichtanerkennung Kiews wenig“, sagte Dejnego.

„Es gibt Garantien – dass die „normannische Vier“ den Maßnahmekomplex unterstützt hat. Mehr noch, die EU-Länder garantieren dies und dies UNO unterstützt es“, erklärte er.

„Dort ist bedeutsam, dass die Aktivität der „normannischen Vier“ bei der Kontrolle über die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen jetzt bis zum äußersten reduziert ist. Sie haben offen keinerlei Meinung bezüglich dessen geäußert, dass die Ukraine die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen sabotiert und das ist es, was tatsächlich beunruhigend ist“, meint der bevollmächtigte Vertreter der Republik.

Lug-info.com: Die ukrainische Seite bei den Verhandlungen in Minsk reagiert auf einen Aufruf der Außenminister der „normannischen Vier“ nur nach einer unmittelbaren Einmischung des Präsidenten Poroschenko oder des Vertreters Kiews in der Kontaktgruppe Leonid Kutschma. Dies erklärte heute der Bevollmächtigte der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego.

So kommentierte er die Worte des Außenministers Russlands Sergej Lawrows, der mitgeteilt hatte, dass im Verlauf des gestern stattgefundenen Treffens der Vertreter der Außenministerien der Länder der „normannischen Vier“ die Garantiestaaten der Minsker Vereinbarungen Kiew aufgerufen haben, damit zu beginnen die konkreten Vorschläge, die im Verlauf der Sitzungen der politischen Untergruppe der Kontaktgruppe ausgearbeitet wurden, zu behandeln.

„Sie reagieren dort auf niemanden“, meint Dejnego.

„In dieser Situation muss sich entweder Kutschma oder Poroschenko einmischen“, glaubt der Bevollmächtigte der LVR.

„Bessmertnyj zeigte sich als Verhandler völlig unhaltbar, wenn er offen in der Presse erklärt, dass er keinerlei Aufgaben hat, die ihm Kiew für die Verhandlungen gestellt hat“, erklärte er.